



Thüringen zukunftsfähig machen – Verwaltungs- und Funktionalreform auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/1992 -

Abgeordneter Brandner, AfD:

Vielen Dank. Meine Damen und Herren, das Vorschaltgesetz lehnen wir von der AfD in ganz großer Übereinstimmung mit den Thüringer Kommunen, den Thüringer Bürgern und der übergroßen Mehrheit der lang und gründlich Angehörten ab. Die CDU hat sich auch dieser Positionierung von uns inzwischen angeschlossen, allerdings etwas janusköpfig oder ambivalent, nach außen offensiv – das haben wir heute schon gemerkt –, nach innen, freundschaftlich verbunden mit dem einen oder anderen in der Regierungskoalition, eher zögerlich. Immerhin ist zu konstatieren, dass die CDU sich hier zumindest nicht weitere Positionen aus unserem Grundsatzprogramm zu eigen macht, wie das vorhin der Fall war.

Meine Damen und Herren, wir als konstruktive Opposition sind bestrebt, das Beste für die Bürger und die kommunale Familie herauszuholen und wenigstens die größten Schnitzer des Vorschaltgesetzes zu heilen. Deshalb unser Entschließungsantrag. Wir fordern die Landesregierung auf, für eine Gleichbehandlung der kreisfreien Städte und Landkreise zu sorgen. Es kann nicht sein, dass denen im Gegensatz zu kreisangehörigen Gemeinden keine Freiwilligkeitsphase zugebilligt wird und Fusionsprämien und Entschuldungshilfen versagt bleiben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das habt ihr nicht zufällig bei uns abgeschrieben?)

Herr Fiedler, Sie haben das bei uns abgeschrieben. Das haben wir doch heute schon mehrfach erlebt. Verdrehen Sie hier doch nicht einfach die Tatsachen!

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da wird sogar der Kollege Henke rot!)

Der freut sich, weil er Geburtstag hat.

Das Kommunale Selbstverwaltungsrecht – das werden Sie mir unterschreiben können, Herr Fiedler – gilt ohne Abstriche auch für die Landkreise. Etwas – und das ist der Grund, warum ich hier rede und nicht der Kollege Henke, der übernimmt dann die nächste Dreiviertelstunde –, das besonders den kreisfreien Städten, die sich an uns gewandt haben, vor allem natürlich Gera, woher ich komme, am Herzen liegt, ist die unklare Regelung im Hinblick auf die Mindesteinwohnerzahl. Sowohl für die kreisfreien Städte als auch für die Landkreise und Gemeinden wurden Sollbestimmun-

gen bei den Mindesteinwohnerzahlen formuliert. Das heißt aber nichts anderes, als dass – sehr mauschelanfällig – auch Ausnahmen möglich sein werden, nötig und möglich sein müssen. Kriterien für diese Ausnahmen werden weder im Vorschaltgesetz definiert noch wird auf eine Rechtsverordnung Bezug genommen. Das ist möglicherweise bewusst so gemacht. Analog zu dem Spruch „Pfusch am Bau“ ließe sich hier sagen „Pfusch am Gesetz“.

Meine Damen und Herren, genau dieser Pfusch am Gesetz öffnet Willkür Tür und Tor. Bei den Rammelow-Koalitionären wird es so sein, dass sich für ihnen genehme Kommunalvertreter – also die mit dem richtigen Parteibuch – Gründe finden lassen, beispielsweise für Weimar oder Erfurt oder Jena, warum die nicht weg- oder zwangsfusioniert werden. Bei der absehbaren rot-rot-grünen Parteibuchwirtschaft wird Gera mangels linksaffiner Stadtspitze wahrscheinlich hinten runterfallen, obwohl Gera nur knapp unter der 100.000-Sollgrenze liegt

(Beifall AfD)

und Gera eine dynamische Wirtschafts- und Einwohnerentwicklung vorzuweisen hat. Gera wird also unter dieser Willkür leiden. Am 14.06. wandte sich die Oberbürgermeisterin von Gera an mich mit einem Schreiben – ich glaube, das haben die anderen Geraer Abgeordneten auch bekommen –, in dem sie darauf hinweist, ich zitiere: „Dieses Ausschlusskriterium“ – diese willkürliche 100.000-Einwohnergrenze – „missachtet nicht nur die positive dynamische Einwohnerentwicklung der Stadt Gera“ – die übrigens heute auch in den Zeitungen Erwähnung findet – „sondern auch die spürbaren Fortschritte insbesondere in Wirtschaft und Bildung.“ Sie schreibt weiter: „Ich habe auf die zu erwartenden Nachteile, die der Verlust der Kreisfreiheit für Gera bedeuten würde und die auch eine Schwächung des Ostthüringer Oberzentrums zur Folge haben wird, nachdrücklich aufmerksam gemacht.“

Mir und Gera liegt sehr am Herzen, dass da nicht die Willkür regiert, sondern dass da sachlich vorgegangen wird, meine Damen und Herren. Gera ist zweifellos aufgrund der relativen wirtschaftlichen Stärke und der Einwohnerzahlen die Hauptstadt Ostthüringens und ein im Landesentwicklungsprogramm für 2025 festgelegtes Oberzentrum nahe an der willkürlichen 100.000-Einwohnergrenze. Meine Damen und Herren, Gera hat die Kreisfreiheit nach wie vor verdient.

(Beifall AfD)

Das schließt nicht aus, dass man in einem Gesamtkonzept, das wir ja noch nicht kennen, vielleicht doch zu einer etwas anderen Auffassung kommt, wenn nämlich klar wird, dass es möglicherweise in Thüringen außer Erfurt gar keine kreisfreie Stadt mehr geben wird. Dann wird natürlich auch Gera nicht sagen, wir müssen kreisfrei bleiben. Aber dieses Gesamtkonzept, dieses schlüssige Gesamtkonzept gibt es bisher nicht. Unverzichtbar ist nach wie vor für mich und meine Fraktion, dass Gera und Jena gleichbehandelt werden – also entweder beide kreisfrei oder beide nicht kreisfrei. Unverzichtbar wird nach wie vor sein, dass Gera dann, wenn die Stadt kreisangehörig werden sollte, auf jeden Fall Kreisstadt wird.

Meine Damen und Herren, ich hatte auf die drohenden Manipulationsmöglichkeiten hingewiesen. Dagegen helfen nur rechtlich klar definierte Kriterien, die wir hiermit fordern. Man braucht kein Prophet zu sein um vorherzusagen, dass diese Auseinandersetzung über die Gebietsreform vor dem Verfassungsgericht landet. Was da rauskommt, ist alles andere als klar.

(Beifall AfD)

Jetzt blinkt hier „Redezeit zu Ende“.

Vizepräsidentin Jung:

Wir sind bei der Begründung, Sie haben 5 Minuten.

Abgeordneter Brandner, AfD:

150 Prozent wurde gesagt.

Vizepräsidentin Jung:

Nein, aber bei der Begründung nicht. Herr Brandner, Sie sind in der Begründung Ihres Antrags und nicht im Redebeitrag.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich dachte 150 Prozent für alles.

Vizepräsidentin Jung:

Aber nicht für die Begründung. Sie können sich ja dann noch mal zu Wort melden. Ich wollte Sie nicht unterbrechen, weil eine Begründung Ihres Antrags war es bis jetzt nicht. Ich bitte Sie, sich zu setzen. Sie können ja dann weiterreden.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, gut, dann sehen Sie mich überrascht. Also dann werde ich mich gleich noch mal zu Wort melden, wenn der Kollege Henke noch ein paar Minuten übrig lässt. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Da müsst ihr mal die Geschäftsordnung studieren!)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Da müsst ihr in die Geschäftsordnung gucken!)

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Das kennt er ja nicht!)

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, also beeindruckend war das hier schon, meine Vorredner. Ich muss sagen: Respekt. Ein wirklich amüsanter Spiegelgefecht, das Sie hier veranstaltet haben, muss ich sagen. Die Sache mit dem Tender muss ich Ihnen sagen, hab ich nicht ganz verstanden, was der Tender jetzt mit Geschwindigkeiten von Lokomotiven zu tun hat, die zieht doch wohl und nicht der Tender? Oder? Aber ich google das noch einmal nach, dann klär ich Sie darüber auf.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen das eigentlich ersparen, aber ich wurde von Teilen dieses Hauses darauf aufmerksam gemacht, dass noch der zweite Teil meiner Rede zum Entschließungsantrag der AfD-Fraktion fehlt. Ich gebe zu, es war nicht der Großteil des Hauses,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der hat nicht gefehlt!)

der mich darauf aufmerksam gemacht hat, aber ich will dem gern nachkommen. Und außerdem ist

auch nicht verkehrt, wenn nach der quantitativ größten Oppositionsfraktion auch noch mal die qualitativ beste zu Worte kommt und was zu der Sache sagt.

(Beifall AfD)

Ich bin vorhin an der Stelle stehen geblieben, an der

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Du musst mal zum Exorzisten!)

ich gesagt hatte, dass es uns mit dem Erschließungsantrag darum geht, die größten Schnitzer aus dem Vorschaltgesetz und den anderen Gesetzesvorhaben zu tilgen oder die zumindest etwas abzuflachen. Wir hoffen, das gelingt. Ich war an der Stelle stehen geblieben, an der es um die Soll-Vorschriften geht und hatte darauf hingewiesen, dass diese Soll-Größen-Vorschriften, weil sie Soll-Größen-Vorschriften sind, Tür und Tor der Willkür und der Parteibuchwirtschaft öffnen. Gerade auch zulasten von Gera. Und darin haben mich dann die Ausführungen des Kollegen Kuschel bestärkt, der sich natürlich Gera herausgepickt und gesagt hat, auf die 100.000 in Gera käme es nicht an, weil, ich habe das mal mitgeschrieben: „die soziale Struktur in Gera sowieso nicht passt“. Also da zeichnet sich schon ab, dass da Parteibuchwirtschaft und Willkür eine Rolle spielen wird. Gera hat keine linke Stadtspitze so wie die anderen mutmaßlich kreisfreien Städte Jena und Erfurt. Weimar kommt vielleicht dann auch noch dazu, deshalb wird Gera hinten runtergefallen gelassen. Das machen wir nicht mit. Ich hatte ganz klar gesagt, Gera muss nicht zwingend kreisfrei bleiben, aber Gera muss genauso behandelt werden, wie das gleichgroße Jena. Und nicht anders.

Ja, gut. So, und dagegen helfen, und dann komme ich auch wieder ins Rennen, dagegen helfen nur klare rechtliche Kriterien, die wir fordern. Und man braucht kein Prophet zu sein, der Verfassungsgerichtshofpräsident, also nicht der Verfassungsschutzpräsident, sondern der Verfassungsgerichtshofpräsident sitzt da und macht sich wahrscheinlich schon ein Bild und ahnt schon ein bisschen die Schriftsatzinhalte, die möglicherweise dann demnächst auf seinem Schreibtisch liegen. Weil das beim Verfassungsgerichtshof landet, sollte es auch klar definiert sein und daran fehlt es im Gesetz und auch überhaupt ist da gar nichts von zu erkennen.

Meine Damen und Herren, zu den Verwaltungsgemeinschaften wurde auch schon einiges gesagt. Auch dies steht in unserem Entschließungsantrag drin. Die Verwaltungsgemeinschaften sind das beste Mittel, um Selbstverwaltung und Verwaltungseffizienz gerade im ländlichen Raum zu gewährleisten. Und da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall AfD)

Das Vorschaltgesetz bietet interessanter Weise, gewollt oder ungewollt, man weiß es nicht, Schlupflöcher für das Weiterbestehen dieser Verwaltungsgemeinschaften. Zwar wird die Bildung, Änderung und Erweiterung ausgeschlossen, doch die Auflösung bestehender Verwaltungsgemeinschaften soll durch Gesetz geregelt werden. Was natürlich impliziert, dass es nicht sein muss. Das Gesetz muss nicht gemacht werden, es wird vorgeschlagen. Es kann sein, aber es muss nicht gemacht werden. Und gerade weil offenbar auch Rot-Rot-Grün einsieht, dass es nicht sein muss, schlagen wir in unserem Entschließungsantrag ein Moratorium vor bis zum Ende der Legislaturperiode; danach ist dann Rot-Rot-Grün, was zumindest die Regierungsverantwortung angeht, sowieso Geschichte.

(Beifall AfD)

Danach werden die Karten neu gemischt und das ganze Verfahren vernünftig weiter vorangetrie-

ben. Das würde auch Rot-Rot-Grün daran hindern, in den letzten Monaten ihrer Regierung hier ihre destruktive Arbeit fortzusetzen.

Meine Damen und Herren, Bewährtes zu erhalten ist nicht der Wahlspruch der Koalition, eher das Gegenteil. Wenn Sie aber schon so sinnfreie Experimente in Thüringen veranstalten, wie Sie das mit der Gebietsreform hier vorhaben, dann bedarf es zumindest – was auch in unserem Entschließungsantrag drinsteht – einer Überprüfung der Kosten und Einspareffekte, der Effizienz, der Effektivität und der Bürgernähe, aber auch der Auswirkungen darauf, wie sich die anonymen Großstrukturen, die Sie da schaffen wollen, auf Bürgerengagement auswirken werden. Das wird garantiert nicht positiv sein. Da muss ich sagen, da sind Sie auch auf dem falschen Weg.

(Beifall AfD)

Wenn Sie das nicht machen, wie wir das verlangen im Entschließungsentwurf, dann stochern Sie weiter im Nebel und Herr Poppenhäger bleibt weiterhin der Zuschauer und nicht der Akteur, der er eigentlich sein müsste als der verantwortliche Minister. Herr Poppenhäger, schade, dass Sie auch in der Anhörung nur Zuschauer waren. Sie weigern sich, Politik zu machen auf Grundlage von Fakten. Sie handeln hier ideologisch, das muss ich Ihnen mal so sagen, Sie persönlich vielleicht nicht, aber die Leute, die Sie umzingeln, Herr Poppenhäger, die handeln ideologisch, ohne Vernunft, ohne Verstand und ohne Verantwortung. Sie wollen – das haben wir beim Archivgesetz gesehen, ich bin sicher, es kommen noch weitere Anträge oder Vorschläge – zerstören, nichts besser machen, Sie wollen kaputt machen und dadurch wird alles noch teurer.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, zurzeit regieren in Thüringen – und das nicht nur bei der Gebietsreform – die drei P, die drei K hatten wir schon mal, da traue ich mich nicht mehr ran, ich nehme mal die drei P: Parteipolitik, Pseudobeteiligung und Praxisferne. Diese drei P sollten Sie ablösen durch drei V, nämlich Vernunft, Verstand und Verantwortung. Das sollte das Leitprinzip der Politik überhaupt sein.

(Beifall AfD)

Bei uns in der AfD-Fraktion erkenne ich dafür Ansätze. Die Regierung sollte uns möglicherweise da auch folgen und vernünftig, verstandvoll und verantwortungsvoll agieren. Um dies zu dokumentieren – auch Sie hier als Plenum –, haben Sie die Möglichkeit, gleich unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Das wäre mal wieder, wie wir hoffen, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Vielen Dank.

(Beifall AfD)